

FÜNF GUTE GRÜNDE AM 23. FEBRUAR WÄHLEN ZU GEHEN:

1. JEDE STIMME ZÄHLT – Wahlen können leider sehr knapp ausgehen.
2. WÄHLEN IST EIN PRIVILEG – es ist ein Recht und eine Ehre, die wir nutzen sollten.
3. AKTIV DEMOKRATIE MITGESTALTEN – die Auswirkungen der Wahl spüren wir alle. Also sollten auch alle mitbestimmen.
4. SCHUTZ VOR POPULISMUS UND EXTREMISMUS – bewusst dagegen!
5. NACHHALTIGE VERÄNDERUNGEN WÄHLEN – denn die Zukunft geht uns alle an.

UNSERE BUNDESTAGSABGEORDNETE MARTINA STAMM-FIBICH

PERSON

- 1965 in Erlangen-Bruck geboren und aufgewachsen
- Rechtsanwaltsfachangestellte
- ab 1989 bei Siemens Healthcare in den Bereichen Schulung, Vertriebsunterstützung, Marketing- und Kommunikation
- im Anschluss freigestellte Betriebsrätin



POLITIK

- Seit 2013 Bundestagsabgeordnete für euch in Berlin
- Mitglied in den Ausschüssen für Gesundheit und Petitionen
- Vorsitzende des Petitionsausschusses
- Stellvertreterin für den Auswärtigen Ausschuss
- Patientenbeauftragte der SPD

UNSERE BILANZ - KANN SICH SEHEN LASSEN!

Bereits im September 2023 waren zwei Drittel der Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag entweder voll und teilweise umgesetzt (38%) oder angepackt (26%) - in knapp zwei Jahren mehr als jede andere Bundesregierung davor (Bertelsmannstiftung).

Hier ein Auszug aus unserer Bilanz:

- ✓ **mehr Kindergeld:** bis zu 255 Euro pro Kind
- ✓ **mehr Bafög für mehr junge Menschen**
- ✓ **höherer Mindestlohn:** ab 2025 12,82 Euro
- ✓ **mehr Wohngeld für mehr Menschen:** entlastet 1,2 Mio. Haushalte
- ✓ **Krankenhausreform**
- ✓ **deutliche Rentenerhöhungen**
- ✓ **wettbewerbsfähige Energiepreise** trotz russischem Angriffskrieg
- ✓ **erneuerbare Energien ausgebaut:** 56 % Anteil (+ 12 %-Punkte) am Bruttostromverbrauch
- ✓ **Deutschlandticket** eingeführt: 13 Millionen Nutzer*innen
- ✓ **mehr Tierwohl:** Einführung der Tierhaltungskennzeichnung
- ✓ **Staatsangehörigkeitsrecht reformiert:** schnellere Einbürgerungen für Menschen mit Einwanderungsgeschichte (30 % der Bevölkerung)
- ✓ **modernes Einwanderungsrecht** erleichtert Fachkräften aus dem Ausland in Deutschland zu arbeiten
- ✓ **schnelles Internet für alle:** Steigerung der Investitionen von 10 Mrd. Euro auf 21 Mrd. Euro
- ✓ **finanzielle Unterstützung der Kommunen:** über 50 Mrd. Euro Entlastung
- ✓ **Stärkung unsere Sicherheitsbehörden:** über 10 000 neue Stellen bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt
- ✓ **Verbandsklage** stärkt Verbraucherrechte
- ✓ **Verantwortung für Frieden und Sicherheit:** Sondervermögen für Verteidigungsfähigkeit beschlossen; Unterstützung der Ukraine bei ihrer Verteidigung
- ✓ **Wahlrechtsreform** zur Verkleinerung des Parlaments

UNSERE PLÄNE FÜR DIE ZUKUNFT

- Wir wollen eine stabile, breit aufgestellte und nachhaltige **Wirtschaft** und setzen auf zukunftsfähige Investitionen und Innovationen. Dazu arbeiten wir statt mit komplexen Förderprogrammen mit unkomplizierten Steuerprämien.
- Wir wollen **guten Lohn** für alle. Dementsprechend muss der Mindestlohn bei 15 Euro liegen.
- Wir wollen, dass 95% der Steuerzahlenden **mehr Netto vom Brutto** haben.
Das bedeutet dann für Haushalte mit 20 000 – 30 000 Euro jährlichem Bruttoeinkommen knapp 700 Euro mehr im Jahr; für Haushalte mit 80 000 – 100 000 Euro ein Mehr von 1400 Euro (Süddeutsche Zeitung vom 18.1.25).
- Wir kämpfen für **Klimaschutz**, den sich jeder leisten kann. Wir sind überzeugt: Es ist Aufgabe des Staates, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass alle auf klimafreundliche Technologien umsteigen können.
- Wir sichern gute **Gesundheitsversorgung und Pflege**, die alle erreicht und für alle bezahlbar bleibt.
- Wir wollen, dass Bildung in **Kita und Schule** verlässlich für alle Kinder gelingt. Dafür soll eine Fachkräfteoffensive zwischen allen Bundesländern vereinbart werden. Auch der Digitalpakt Schule muss fortgesetzt und inhaltlich weiterentwickelt werden.
- Wir wollen, dass Arbeit auch in der **Rente** ihren Wert behält. Eine Anhebung der Regelaltersgrenze lehnen wir ab.
- Die aktuelle **Schuldenbremse** ist nicht auf die Herausforderungen unserer Zeit ausgelegt. Deshalb wollen wir sie reformieren, damit nachhaltige Investitionen in die Zukunft nicht behindert werden.

Mehr Informationen finden Sie im **Regierungsprogramm** der SPD.

www.spd.de/bundestagswahl/programm

DER ZEITPLAN BIS ZUR WAHL

Sie möchten Briefwahl beantragen? Das können Sie jederzeit schon online erledigen, sobald Sie Ihre Wahlbenachrichtigung im Briefkasten finden.

www.buergerservice-portal.de/bayern/vgutzenreuth/bsp_ewo_briefwahl

- **30. Januar:** Die **Wahlunterlagen gehen in Druck.**
- **6. Februar:** Der **Wahl-O-Mat geht online.** Hier können Sie herausfinden, welche Partei am besten zu Ihren Wünschen passt.
- **9. Februar:** **TV-Duell** von ARD und ZDF Scholz gegen Merz
- **13. Februar:** **Diskussionsrunde** im ZDF mit Scholz, Merz, Habeck, Weidel
- **16. Februar:** **TV-Duell** Scholz gegen Merz bei RTL und n-tv
- **17. Februar:** **Wahlarena in der ARD.** Scholz, Merz, Weidel und Habeck
- **17. Februar:** **Wenn Sie bis heute noch keine Briefwahlunterlagen erhalten haben, gehen Sie bitte direkt zum Wahlamt der Verwaltungsgemeinschaft Uttenreuth.**
- **20. Februar:** „Schlussrunde“ bei ARD und ZDF. **TV-Debatte** mit allen Spitzenkandidaten

WAHLRECHTSREFORM 2024

Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag hat jeder Wahlberechtigte zwei Stimmen – die Erststimme und die Zweitstimme:

- **Erststimme:** Damit bestimmen Sie, welche Direktkandidatin bzw. welcher Direktkandidat einen bestimmten Wahlkreis im Bundestag vertritt: Wer die meisten Erststimmen in einem der 299 Wahlkreise erhalten hat, zieht normalerweise in den Bundestag ein.
- **Zweitstimme:** Damit geben Sie Ihre Stimme für die Landesliste einer Partei ab. **Der Anteil an Zweitstimmen bestimmt den Anteil an Sitzen im Bundestag.**

Die Wahlrechtsreform führt zu einer Verkleinerung des Parlaments auf 630 Sitze durch Wegfallen der vielen Ausgleichs- und Überhangmandate. Hat eine Partei mehr erfolgreiche Direktkandidatinnen und -kandidaten als Sitze, die sich aus der Zweitstimme ergeben, gehen die mit den schlechtesten Direktwahl-Ergebnissen in ihren Wahlkreisen leer aus.

Die Grundmandatsklausel bleibt erhalten. Sie sieht vor, dass eine Partei auch dann in den Bundestag einzieht, wenn sie weniger als fünf Prozent der Zweitstimmen erhält, aber mindestens drei Direktmandate erringt.